

Folgender brisanter Sachverhalt wurde erst jetzt bekannt:

### Anhörung im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestags zum Thema „nicht-tödliche“ Waffen am 11.11.2004

Noch im Frühjahr 2004 wiegelte das Parlamentarische Kontrollgremium des Deutschen Bundestags die Beschwerden von Bürgern, die mit E-Waffen terrorisiert werden, mit Verweis auf die Antwort der Bundesregierung zu einer parlamentarischen Anfrage ab. Danach wußte die Bundesregierung zwar, daß nach bisher bekannten Publikationen theoretisch die Möglichkeit besteht, daß die Mikrowellentechnologie auch für Waffen gegen Menschen genutzt werden kann. Konkrete Erkenntnisse über deren Einsatz bei kriminellen Handlungen habe sie aber nicht. Deshalb erübrige es sich auch, darüber nachzudenken, wie man die Opfer schützen könne.<sup>1</sup>

Dieser Kenntnisstand konnte in Anbetracht der Tatsachen nur noch unglaublich sein.

- Immerhin hatte das Bundeskriminalamt mittlerweile eingestanden: „Der Einsatz von Mikrowellen als Mittel der Schädigung Dritter wird seitens des Bundeskriminalamtes aufmerksam beobachtet“<sup>2</sup>.
- Die Schutzkommission beim Bundesminister des Inneren hatte in ihrem 2. Gefahrenbericht über mögliche Gefahren für die Bevölkerung bei Großkatastrophen und im Verteidigungsfall vom Okt. 2001 gewarnt: „Es wird in diesem Zusammenhang bereits von »Elektromagnetischem Terrorismus« gesprochen, der zu einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung führen kann. Im militärischen Bereich ist die Einsatzfähigkeit ähnlicher Waffen bereits hergestellt. Beiden Kategorien von Waffen ist eine leichte Verbringbarkeit sowie eine geringe Eskalationsstufe im Konfliktfall gemeinsam, so dass die Experten in Zukunft von einem vermehrten Einsatz ausgehen.“
- Und das EU-Parlament hat im August 2004 die *Petition gegen Mißbrauchsrisiken von Strahlungswaffen* zur Prüfung angenommen<sup>3</sup>,
- nachdem es bereits mit seiner Resolution vom 28.01.99 – vergeblich – angemahnt hatte: „Das Europäische Parlament ... fordert vor allem ein internationales Übereinkommen über ein generelles Verbot von Forschungs- und Entwicklungsprojekten - ob militärisch oder zivil -, die die Anwendung der Erkenntnisse auf dem Gebiet chemischer und elektrischer Vorgänge oder von Schallwellen oder anderen Funktionen des menschlichen Gehirns zur Entwicklung von Waffen beinhalten, die jeder beliebigen Form der Manipulation des Menschen Tür und Tor öffnen könnten; dieses Übereinkommen sollte auch ein Verbot aller derzeit bekannten sowie aller erdenklichen Anwendungsmöglichkeiten solcher Systeme umfassen“.<sup>4</sup>

Nun sind Bundestagsabgeordnete bekanntlich vielbeschäftigte Leute – man denke nur an die vielen Lobbyisten, die ihnen ständig die Türe einlaufen! Um der eigenen Sachkunde auf bequeme und unverfängliche Weise auf die Sprünge zu helfen, haben sich die Expertenanhörungen in Bundestagsausschüssen bewährt: Eingeladen werden die Fachleute, die das zu sagen haben, was man hören will. Und das hören dann eben auch nur die Mitglieder dieses Ausschusses, und was sie davon behalten, dürfte eher vom Einfluß der Lobbyisten und von Opportunitäten abhängen, als vom Gewissen und der Redlichkeit der Abgeordneten.

Am 11.11.2004 hat sich also der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestags in einer öffentlichen Anhörung über die Möglichkeiten zur Kontrolle „nicht-tödlicher“ Waffen informiert. Wohlbermerkt: Der Auswärtige Ausschuß hat sich damit beschäftigt; d. h. es ging um den verteidigungspolitischen Einsatz dieser Waffen, nicht um die Verwendung für Zwecke der „Inneren Sicherheit“ gegen Bürger in Deutschland. Daß ich erst jetzt davon erfahre, hat nicht mit Geheimhaltung zu tun; eher mit geringer öffentlicher Resonanz. Über die Sitzung wird auf der Homepage des Bundestags informiert.

In Anbetracht der Tatsache, daß ich selbst seit vielen Jahren in existenzbedrohender und brutaler Weise mit derartigen Technologien gequält und verfolgt werde, erscheinen mir die Aussagen der Experten als Hohn – eine Aneinanderreihung von fadenscheinigen Verharmlosungen zur Zerstreung möglicherweise aufkeimender Besorgnis. Aber: Trotz aller Beschwichtigungen mangelt es auch nach Expertenmeinung an einer fachlich fundierten Beschäftigung mit diesen Waffen.

- „Eine Technikfolgenabschätzung findet nicht statt“, sagte Jürgen Altmann vom Institut für Experimentalphysik an der Ruhr-Universität Bochum aus.
- Der Medizinische Berater Robin M. Coupland vom IHRK in Genf<sup>5</sup> empfahl mutigerweise, in Waffenfragen neben den technischen und rechtlichen Aspekten auch die Auswirkungen auf die Menschen im Blick zu behalten.“
- Auch Dr. Klaus-Dieter Thiel vom Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie<sup>6</sup> forderte, daß „jede Waffe umfassend untersucht werden müsse.“

Alein John B. Alexander von der Senior Fellow Joint Special Operations University, der aus den USA angereist war, gab zum besten, daß er „Argumente, diese Waffen beförderten ein neues Waffentrüsten oder seien als mögliche Folterinstrumente Vorläufer tödlicher Waffen und verursachten selbst Todesfälle“, für falsch halte. Im Gegenteil, sie würden Leben retten ...<sup>7</sup>

Dem veröffentlichten Protokoll der Ausschußsitzung zufolge wurde konsequent vermieden, die reale Verbreitung und Anwendung dieser Waffen zu thematisieren. Wie gesagt, es geht im Auswärtigen Ausschuß um verteidigungspolitische Fragen, nicht um innenpolitische. So wurde denn vermutlich mit keiner Silbe erwähnt, daß die deutsche Polizei mit diesen Waffen ausgerüstet wurde und wird; keine Silbe davon, daß viele Bundesbürger mit diesen Waffen gefoltert werden; kein Wort über die Täter beim Militär, in den Geheimdiensten und von der organisierten Kriminalität. Offenbar wurde weder über die Rüstungsindustrie gesprochen, die diese Waffen herstellt, noch über die wissenschaftlichen Institute, die an der Entwicklung beteiligt sind; genauso wenig über die Geld- und Auftraggeber, Waffenschleher, Geheimorganisationen usw., die das weltweite Terrornetzwerk betreiben, unter dem immer mehr unschuldige und wehrlose Menschen leiden.

Fassen wir den Erkenntnisgewinn aus der Anhörung des Auswärtigen Ausschusses zusammen: Experten sollten sich damit beschäftigen; will heißen: Sie fordern Steuergelder für das fachlich fundierte Aussitzen und Bemänteln; außer Kaugummi nichts Neues im Westen. Ob man solche Politiker wählen kann als Interessenvertreter des Volkes?  
Ruth Gill

<sup>1</sup> Antwort des Staatssekretärs Claus Henning Schapper vom 6. März 2002, veröffentlicht in der Bundestagsdrucksache 14/8464.

<sup>2</sup> BKA mit Datum vom 21.01.2003, Az.: LS2 – 27 – 2737/02, an die Sprecherin der Interessengemeinschaft der Opfer von Elektrowaffen; [www.findefix.de/forum/read.php4?f=84&i=504&t=497](http://www.findefix.de/forum/read.php4?f=84&i=504&t=497)

<sup>3</sup> [www.petition1168-2003.fr.vu](http://www.petition1168-2003.fr.vu)

<sup>4</sup> Zitat aus einem Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik vom 14. Januar 1999; [http://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?SAME\\_LEVEL=1&LEVEL=4&NAV=X&PUBREF=-//EP/TEXT/REPORT/A4-1999-0005.10+DOC+XML+V0//DE](http://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?SAME_LEVEL=1&LEVEL=4&NAV=X&PUBREF=-//EP/TEXT/REPORT/A4-1999-0005.10+DOC+XML+V0//DE)

<sup>5</sup> Mitteilung eines Wissenschaftlers, der selbst Opfer dieser Technologien ist; „Dr. Coupland wollte mich vom Gelände des IHRK rauschmeissen, bloß weil ich eine Frage stellte.“

<sup>6</sup> Das Institut veranstaltet das alljährliche Internationale Symposium zum Thema „Non-Lethal“ Weapons in Ettlingen

<sup>7</sup> Das Dokument steht unter [www.bundestag.de/bic/hib/2004/2004\\_274/03.html](http://www.bundestag.de/bic/hib/2004/2004_274/03.html) im Internet.